

Wieder einmal die Präsidentin der TU Berlin, Frau Geraldine Rauch: Hat sie „wissenschaftlich“ die AfD widerlegt?

geschrieben von Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke | 16. Februar 2024

Von Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke

Frau Prof. Dr. G. Rauch, Präsidentin der TU Berlin, hielt an der TU eine „Ringvorlesung“, worunter eine Vorlesungsreihe zu verstehen ist, bei der sich mehrere Dozenten aus verschiedenen Fachbereichen oder Hochschulen einem Thema widmen. Das Thema war Klimawandel, der Titel *„Wir rechnen mit dem Klimawandel“*.

Die Vorlesung steht im Internet frei zur Verfügung (hier), aber niemand scheint sich dafür zu interessieren, denn nach 5 Tagen (11.2.2024) zählte sie nur 75 Aufrufe – ein Negativrekord? Wer sich das Youtube dieser Vorlesung antun möchte, sollte es besser nur mit den einblendbaren Untertiteln tun. Die verbalen Defizite wie die permanenten „ähms“, das regelmäßig fehlende Beenden von Sätzen und endloses Herumgeeier anstatt klaren Schilderungen waren nur schwer zu ertragen. Der Besuch eines Kurses in Hochschuldidaktik für Frau G. Rauch wäre ratsam, ihre Studenten würden es danken.

Einen Pluspunkt gab es freilich: Der Vortrag war fachlich in Ordnung. Es ist zu begrüßen, dass die allgemein zu stiefmütterlich behandelte und sogar in begutachteten Klimafachpublikationen gelegentlich fehlerhaft angewandte Statistik in ihren Grundlagen einmal zur Sprache kam. Anwender sollten allerdings auch verstehen, was sich mit Statistiksoftware so berechnen lässt und ob die Daten für die ausgesuchte Methode überhaupt geeignet sind, worauf Frau G. Rauch leider kaum einging (Beispiel der t-test für lineare Regression, welcher bei autokorrelierten Daten wie zum Beispiel Temperaturreihen falsche Ergebnisse liefert).

Absolutes NO GO der Vorlesung war die bewusste Verdummung der Zuhörerschaft durch Falschaussagen und politische Polemik. Es ging mit Begriffen los, die nicht in einen wissenschaftlichen Vortrag gehören: So in Minute 3:56 die Verwendung der politischen Kampfaussage „Klimaleugner-Szene AfD, EIKE und Werteunion“. Welch ein Unsinn, denn Klima ist ein wohldefinierter Begriff der WMO und kann nicht geleugnet werden. Niemand macht das, es sei denn er ist nicht ganz dicht im Oberstübchen. Die Erwähnung in Minute 5:03 von Demonstrationen gegen „rechts“, angestoßen von dem fragwürdigen Verein Correctiv, gehören ebenfalls nicht dazu. Zumindest eine Erinnerung an das berühmte „si

tacuisses, philosophus mansisses“ hätte hier Frau G. Rauch gut getan.

Dies insbesondere deswegen, weil Correctiv inzwischen zurückgerudert ist und die Staatsanwaltschaft Potsdam eine Anzeige gegen die Potsdamer Privatveranstaltung einer weiteren Ermittlung als nicht würdig befand und sie eingestellt hat (hier). Inzwischen laufen juristische Klagen gegen Correctiv seitens der Bundestagsabgeordneten Frau Huy sowie des Verfassungsrechtlers Vosgerau, beide Teilnehmer des Treffens. Ferner gibt es mehrere eidesstattliche Aussagen gegen Correctiv (hier). Es sieht nicht gut aus für das mit Steuergeldern gepöppelte Correctiv. Zu den Demonstrationen gegen rechts und deren vehemente Regierungsunterstützung (Demonstrationen gegen rechts- und linksextrem wären ja noch verständlich) kann man eigentlich nur sagen *„Wer zusammen mit seiner Regierung auf die Straße geht, ist kein Widerstandskämpfer, sondern nur ein nützlicher Tölpel.“*

Frau G. Rauch bemühte als angebliche Widerlegung von „Klimaleugnern“ zuerst eine gequälte Kritik an einer begutachteten Publikation über Todesfälle durch Klimawandel. Selbstverständlich ist jede solcher Publikationen angreifbar und hat Schwachstellen, wie umgekehrt ebenfalls begutachtete Publikationen wie zum Beispiel über das nahe Ende des Golfstroms (AMOC), oder eine prominente fachliche Aussage über zukünftige Winter ohne Schnee (hier), welche von der Realität schnell zu Mega-Quatsch degradiert wurde, ebenfalls ihre Schwachstellen haben und angreifbar sind. Im Übrigen, und das vergaß Frau G. Rauch zu erwähnen, übertreffen die Todesfälle durch zu große Kälte die durch hohe Wärme bei weitem (hier). Das ersichtliche Sich-unwohl-fühlen von Frau G. Rauch bei der Behandlung ihres unglücklich gewählten Beispiels war in der auffälligen Häufung ihrer „ähs“ und Pausen erkennbar.

Wirklich gruselig wurde es dann im Zusammenhang mit dem korrekten Zitat aus dem AfD-Parteiprogramm *„Klima ist schon immer Schwankungen unterlegen“* (Minute 28:30). Dazu brachte Frau G. Rauch die Temperaturmessung des DWD in Berlin-Brandenburg seit 1980 ins Spiel, passt eine Regressionsgerade an und berechnete einen ausreichend kleinen p-Wert, der zeigte, dass hier ein signifikanter Anstieg vorlag. Ihr Fazit 36 Minuten später lautete *„Damit haben wir die AfD widerlegt“* (Minute 1:04:20). Über so viel Chuzpe war man sprachlos. Frau Rauch suggerierte somit ohne jeden Beleg, die AfD würde behaupten, dass Temperaturen keinerlei systematischen Veränderungen aufweisen und zufällig von Jahr zu Jahr um einen konstanten Wert schwanken würden. Diese Nullhypothese hat Frau G. Rauch zwar widerlegt, nur ist von dieser Hypothese oder Aussage absolut nichts im AfD-Programm zu finden! Die „Widerlegung der AfD“ von Frau G. Rauch grenzt daher an böswillige Volksverdummung. Zudem war nichts zur Form oder vermuteten Herkunft der behandelten Temperaturschwankungen von Frau G. Rauch zu hören. Hätte sie zu ihrem Thema etwas gründlicher recherchiert, wären ihr sicher die Atlantische Multidekadale Oszillation AMO, die NAO, AO, ...oder die zahlreichen Sonnenzyklen zur Kenntnis gelangt, und der Vortrag hätte sogar richtig spannend werden können.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: In jeder politischen Partei – von weit rot bis weit rechts – gibt es Mitglieder, die eigenartige Vorstellungen über den Klimawandel haben. Das muss man auch als Fachmann mit Humor nehmen. Es ging aber im Vortrag von Frau G. Rauch um Klimaaussagen in offiziellen Parteiprogrammen, von denen sich übrigens jede, auch wenn sie sich in den unterschiedlichen Parteien widersprechen, auf einen maßgebenden Anteil der begutachteten Fachliteratur berufen kann. Nach Kenntnis des Autors bezweifelt außerdem kein Parteiprogramm, dass zunehmendes CO2 einen erwärmenden Klimaeinfluss ausübt, der Unterschied liegt nur im Ausmaß dieses Einflusses, über den sich die Fachwissenschaft eben nicht einig ist. Auf Grund der astronomischen Kosten der CO2-Vermeidung ist es legitim, dass sich ein Teil des politischen Spektrums die berechtigte Frage stellt, ob es nicht wichtigere Probleme als die Beseitigung des benignen Luftdüngers CO2 für (Nahrungs)Pflanzen zur Behebung eines wahrscheinlich harmlosen Erwärmungseffekts gibt.

Frau G. Rauch sollte sich überlegen, vielleicht besser in die Politik zu gehen. Die Art und Weise, wie sie korrekte Wissenschaft zu nicht existierenden Parteiprogrammaussagen verdreht und wie sie permanent ihre präsidentielle Neutralitätspflicht beschädigt (hier), ist kaum geeignet, der Qualität und dem guten Ruf der TU Berlin zu dienen.

Quo vadis Germania? Deutschlands Abstieg hat Fahrt aufgenommen, aber für zu Viele ist das noch undenkbar – Teil 1

geschrieben von Chris Frey | 16. Februar 2024

Von Raimund Leistenschneider und Werner Eisenkopf

SUMMARY/ZUSAMMENFASSUNG VON TEIL 1 – Stichpunkte:

Die irrije deutsche Grundeinstellung, ein dauerhaft „reiches“ Land zu sein und auch zu bleiben. Entwicklungshilfe nach China bei zugleich massiver Industriespionage. Die bereits „erstickende“ Bürokratie steigert sich ständig weiter. Kaum bekannte Folgen des EU-Lieferkettengesetzes, eine Klageflut aus aller Welt. Wie groß ist die

Korruption auf EU-Ebene wirklich? Parallelen und Unterschiede zwischen EU- und DE-Lieferkettengesetzen. Ausblick langfristige Planungen durch China und kurzsichtige deutsche Arroganz.

EINLEITUNG

Der allergrößte Teil der Menschen in Deutschland, hat im Kopf ein festes Bild von einem dauerhaft „reichen“ Land, dessen Wirtschaft mit nur einigen Schwankungen, in alle Zukunft weiter stetig „brummt“ und dessen Exporterfolge auf dem Weltmarkt quasi eine Art „Dauer-Abo“ seien. Was aber die Verfasser dieser kleinen Serie hier zusammenstellen, stellt dieses schöne Wunschbild nicht nur infrage. Es zeigt auch auf, dass dieses Bild in vielen Bereichen längst überholt ist. Der Niedergang hat längst begonnen und beschleunigt sich gerade zu diesem Jahresanfang 2024 dramatisch. Dies aber meistens so, dass der kleine Normalbürger, dies noch gar nicht richtig mitbekommt oder es einfach nicht wahrhaben will. Das unvermeidliche Aufwachen, wird daher umso schmerzhafter und heftiger sein.

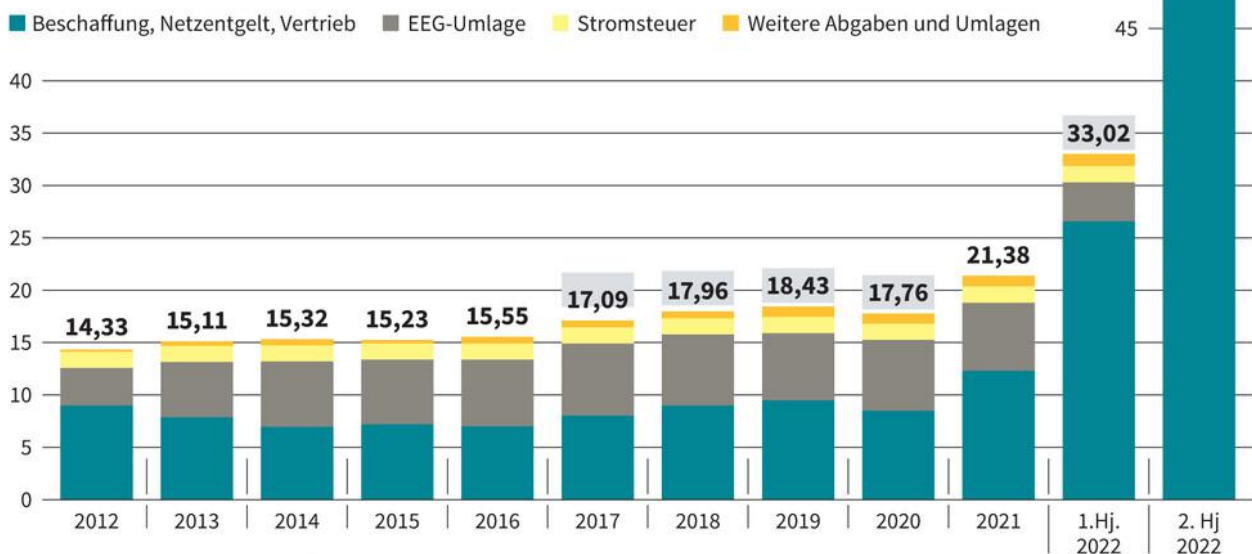
Wir Deutsche sind träge geworden. Glaubten wir uns in einem Land und in einer Umgebung eingebettet, in der, um eine bekannte Redewendung zu gebrauchen, „Friede, Freude, Eierkuchen“ herrscht. Dabei haben wir offensichtlich vergessen, dass auf der Welt nichts verschenkt wird und nichts für die Ewigkeit bestimmt ist und viele das haben wollen, was wir besitzen, nämlich (Anmerkung: Noch besitzen, wird zunehmend weniger) Wohlstand und (bescheidener) Reichtum.

Doch spätestens seit dem Ukraine-Krieg ist uns vor Augen geführt worden, dass „Friede, Freude, Eierkuchen“ so nicht stimmen. Aber offensichtlich ist uns dies noch nicht bewusst geworden. Denn noch immer handeln wir – unsere Politiker in Stadt, Land und Bund – nach den Vorgaben anderer und nicht nach den Interessen von uns und unseres Landes. Nämlich den Interessen, unsere Arbeitsplätze, unser Auskommen, unseren Wohlstand zu sichern, bzw. zu erhalten und mit allem, was dazu gehört. Wir scheinen nicht zu merken, dass wir mehr und mehr ins Abseits geraten und dies nicht nur im Sport, z.B. beim Fußball, wo wir längst drittklassig, bestenfalls zweitklassig sind.

Zu den offenbar verdrängten, zahlreichen Indikatoren für den Niedergang von Wirtschaft und damit Arbeit(-splätzen) und Wohlstand, sei ein Beispiel angeführt, dass viele von uns unmittelbar betrifft, die im Vergleich zu Deutschlands weltweiten Wettbewerbern, exorbitant hohen Stromkosten (Abb.2).

Stromkosten: Das zahlt die Industrie

So viel Cent kostete eine Kilowattstunde Strom für Industriekunden in Deutschland bei Neuverträgen im Schnitt



2022: zur Jahresmitte wurde das EEG abgeschafft

Weitere Abgaben und Umlagen: u. a. Aufschlag auf Netzentgelte zur Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, die Wärme und Strom generieren, sowie Umlage vor allem zur Finanzierung der Anschlüsse und der Anbindung von Offshore-Windanlagen ans Stromnetz

Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Abb.2, Quelle: iwd (Der Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft) zeigt, warum immer mehr Unternehmen in unserem Land stranguliert werden und ihre Produktion und damit Arbeitsplätze ins Ausland verlegen (müssen). Siehe zu den Stromkosten auch [hier](#).

NIEDERGANG, BILDUNG UND CHINA

Auch in der Bildung zeigt der Indikator der PISA-Studie und der damit verbundene Fachkräftemangel einen steten Niedergang. Trotzdem [zahlen](#) wir Deutschen in unserer Arroganz, Ländern wie **China**, immer noch dreistellige Millionenbeträge – **630 Millionen** laut FOCUS an **ENTWICKLUNGSHILFE pro Jahr**. Als wenn China noch ein Entwicklungsland wie zu Zeiten von Mao wäre.

Tatsächlich aber wird Deutschland mehr und mehr ins Abseits gedrängt werden. Dies auch durch Chinas Geheimdienste. Nach Informationen westlicherer Dienste betreibt kein Land in Deutschland mehr Industriespionage*¹⁾. Aber dies darf auch nicht zu laut ausgesprochen werden, damit man in Peking ja nicht „verschnupft“ reagiert. Ohne China geht ja inzwischen kaum noch irgendwas in Europa (siehe [hier](#)).

*¹⁾ Auszug: „In über 90 Prozent aller Fälle von Wirtschaftsspionage, die sein Haus im Zeitraum von 2011 bis 2018 bearbeitet habe, seien chinesische Stellen involviert gewesen.“ Siehe auch [hier](#) und [hier](#).

Vorrangig schuld an unserem zunehmenden Abseits, ist aber unsere Trägheit und Unvernunft. So, als befänden wir uns im Rom des Kaisers **Augustus** und besonders die Grundpolitik, über Allem als „oberstes Ziel“

die „Klimaretter des Planeten“ setzen zu wollen. Egal was dies kostet und wie unmöglich dies auch sein mag.

ERSTICKENDE BÜROKRATIE WIRD WEITER GESTEIGERT

Schon jetzt müsste eigentlich jeder deutsche Bürger seinen persönlichen Rechtsanwalt ständig hinter sich herlaufen haben. Wer soll die ca. 80.000 Gesetze, Vorschriften und Regelungen denn noch überblicken, die von EU/BRD/Bundesländern/Kommunen schon bisher aufgestellt wurden und das ganze Leben von JEDEM BÜRGER, in immer kleineren engeren und pingeligeren Details vorschreiben und regeln wollen? Es ist ironisch gesagt, bald einfacher, nur noch „umgekehrte“ Gesetze zu schreiben, nämlich was ERLAUBT ist. Alles nicht ausdrücklich Erlaubte, ist dann ja verboten.

Jede Politikeraussage, egal von wem oder wer auch publiziert, dass man „Bürokratie abbauen“ wolle, ist schlicht gelogen! Die Bürokratie wächst tatsächlich von Monat zu Monat überall weiter. Nicht nur in den Ministerien der Bundesregierung und dem auch davon bedingten teuren „Ausbau des Kanzleramtes“ als Luxusproblem. Anstatt einem Bürokratie-Abbau, werden tatsächlich immer mehr und immer weitergehende Gesetze und Regelungen beschlossen. Parallel entstehen also überall immer mehr, für die produzierende Wirtschaft, nur hinderliche, schädliche, teure und destruktive Verwaltungs- und Beamtenjobs, als „nicht wertschöpfende Wasserköpfe“ und müssen finanziell von den Steuerzahlern dauerhaft mitgetragen werden.

Hier reicht die Schwelle vom hochbezahlten Ministerialbeamten, bis zu solchen kommunalen „Klimaberatern“ die als Haupt-Ausbildung, eigentlich nur das Ausfüllen von Förderformularen gelernt haben. Nun sollen durch das GEG-Heizungsgesetz des BMWK Herrn Robert Habeck, diese kommunalen Leutchen auch noch „kommunale Wärmenetze“ planen, mit möglichst auch noch „GRÜNEM WASSERSTOFF“ als „Zukunftslösung“, ohne dass denen erst mal beigebracht werden muss, wie gefährlich und explosiv dieser „Brennstoff“ ist. Vor allem aber, wie teuer, kritisch und aufwendig dazu Herstellung, Umwandlung, Transport, Rückumwandlung und Lagerung. Mit viel Verlusten, eine Wasserstoff-Wirtschaft überhaupt ist. Bezüglich Explosionsgefahren, hat man es ja sogar mit Dynamit einfacher, als mit Wasserstoff!

Allein am Thema „Wasserstoff“ ist auch unübersehbar, dass Politiker ständig neue Entscheidungen treffen und Gesetze beschließen zu Fachgebieten und Themen, von denen sie wirklich KEINERLEI AHNUNG haben und sich dabei auch möglichst nur von den „Fachleuten“ gern beraten lassen, die ihnen dazu nur das erzählen, was sie selbst gern hören und lesen möchten.

Kein Wunder also, dass faktisch eine einzige Art der Berufsausbildung, unter Ministern und Staatssekretären, die absolut „Dominierende“ ist. Nämlich Rechtsanwalt/Jurist. Juristen mit oft kaum naturwissenschaftlichen Kenntnissen und schlechtem Abschluss,

entscheiden also über technische Dinge, wie Heizungen oder Autos. Juristen entscheiden über Wirtschaft und Handel. Juristen, die als Elektrikerlehrling („Azubi“!) sogar bei einer profanen Elektriker-Gesellenprüfung, nur hochkant blamabel durchfallen würden, entscheiden dennoch über Kraftwerke und Stromnetze. Kein Wunder also, wenn da bald Blackouts die Folge sind. Man betrachte sich nur einmal den „Background“ und die Herkunft der Personen in der neuen hessischen CDU/SPD-Landesregierung. Wer davon ist denn „Nicht-Jurist“?

EU-LIEFERKETTENGESETZ

Weiter oben stand bereits zu lesen, dass die Bürokratie in Deutschland und in der EU, entgegen aller politischen Aussagen, stetig weiter gesteigert und ausgebaut wird. Allein in der EU, sollen bis April 2024, noch mehr als 100 neue EU-Gesetze schnell beschlossen und gültig werden. Wegen der anstehenden EU-Parlamentswahlen im Sommer, will man vorab noch schnell, möglichst viele Dinge im bisherigen EU-Sinne festnageln. Das treibt die Angst, nicht nur in Brüssel und Straßburg, dass nachher eine „rechts-populistischere“ bzw. „weniger links-grüne“ EU-Parlamentsmehrheit viele der EU-Themen ganz anders regeln möchte.

So wurde in aller Eile das LKW+BUS-Gegenstück zum bereits gültigen „Verbrennerverbot“ bei Autos beschlossen. Dies mit der Zustimmung Deutschlands, weil die FDP, hierbei nachgab und mitzog, im Gegensatz zum EU-Lieferkettengesetz. Nur leicht ergänzt mit einem Hinweis, auf auch noch mögliche „E-Fuels“ als Alternativen. Dazu aber erst an anderer Stelle später mehr.

Vor allem soll derzeit in der EU, neben den zahlreichen CO₂-Gesetzen und Verordnungen, die unsere Industrie-, wie Energiewirtschaft mehr und mehr ruiniert und uns exorbitante Kosten aufzwingt (Abb.2), **ein weiteres Knebelungsgesetz** verabschiedet zu werden, das EU-Lieferkettengesetz. Es ist aber wegen dem Widerstand der FDP in der deutschen Bundesregierung und auch Bedenken weiterer EU-Länder, vorerst mal zurückgestellt worden. Doch das kommt wieder auf die Tagesordnung, so sicher wie das AMEN in der katholischen Kirche. Und, in Deutschland ist es bereits, in der deutschen Version, in Kraft.

Nun werden jetzt sicherlich Einige fragen, wieso kann man dagegen sein? Das neue EU-Gesetz dient doch offenbar nur einem hehren Zweck: Dem Schutz von Kindern und Menschen in Drittweltländern, sowie der Umwelt, diese vor Ausbeutung zu schützen... usw.

Werte Gutgläubigen, die die Welt immer noch – man möge den Autoren verzeihen – aus ihrer Sandkasten- oder Puppenperspektive betrachten, DARUM geht es leider gar nicht! Sondern um etwas ganz Anderes! Wird diese Richtlinie nämlich EU-Gesetz, dann kann später Jeder und jede Organisation weltweit, EU-Unternehmen Unternehmen vor dem EGH verklagen, wenn er/sie meint, die Richtlinie würde nicht eingehalten. Dies wird dann vorrangig deutsche Firmen treffen, bei denen man dann auf diese Art

„Knete“ abzocken will.

ERWARTBARE KLAGEFLUT NACH GÜLTIGKEIT DES EU-LIEFERKETTENGESETZES

Jeder und jede Organisation, die bequem an das Geld anderer kommen möchte, kann dies dann nutzen. Nämlich um sich wichtig machen (Schlagzeilen erhaschen), um politisches Kapital daraus schlagen wollen, um Konkurrenten ausschalten oder im wirtschaftlichen Länderkampf. Länder, deren Ziel darin besteht so schnell wie möglich aufzusteigen und im Falle von China sogar die globale Nr. 1 zu werden. **Ein in China bekanntes chinesisches Sprichwort sagt „Verberge Deine Talente und warte, bis der Gegner schwach ist“.**

Unsere Wirtschafts- und Industrieunternehmen werden sich bei einem Gültig-werden des EU-Lieferkettengesetzes, vor einer Klageflut nicht mehr retten können. Deren Augenmerk müsste dann auf Gerichtsverfahren liegen und nicht mehr auf der Herstellung und Entwicklung der Produkte und damit der Wettbewerbssicherung und natürlich der damit untrennbar verbundenen Arbeitsplatzsicherung. Jeder kann sich leicht vorstellen, was das Knebelungsgesetz für die Unternehmen, unser Land, unsere Arbeitsplätze und damit unserem Wohlstand bedeuten würde. Die einzigen wirklichen Profiteure neben China, wären dann nur die JURISTEN überall. Sie würden damit noch teurer, unverzichtbarer und dominierender werden, als dies schon jetzt der Fall ist.

WIE GROSS IST DIE KORRUPTION AUF EU-EBENE?

Einer der Autoren (Leistenschneider) hat in seinem [EIKE-Artikel](#) mit dem Erkennungsbild „Planet der Affen“ vor einem Jahr u.a. geschrieben:

„...EU-Parlaments in Straßburg. Sie wissen, dass ist das Parlament, bei dem einige auf der Gehaltsliste von Katar stehen. Und angesichts seiner zahlreichen Beschlüsse, ..., wie z.B. das [Verbot*^{2\)}](#) von Verbrennermotoren, möchte man nicht wissen, auf wessen Gehaltsliste(n) das EU-Parlament noch alles steht.

*²⁾ Auszug: „Ausstieg aus dem Verbrennermotor – Ein Sargnagel für Deutschlands Industrie“

„Der Ausstieg aus dem modernen Verbrenner ist ein großer Beitrag zur De-Industrialisierung Europas und insbesondere Deutschlands. Die negativen Folgen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit werden enorm sein. Ein Land profitiert davon besonders: **China**“.

Diese Thematik wird in späteren Teilen dieser kleinen Reihe, noch an konkreten Beispielen und Hintergründen näher erklärt werden. Auch warum das „Verbrennerverbot“ eine ganze irrwitzige Reaktionskette auslösen kann, an deren Ende sogar die EU auseinanderbricht.

Wer dazu jetzt lacht, scheint zu ignorieren, dass ohne das viele

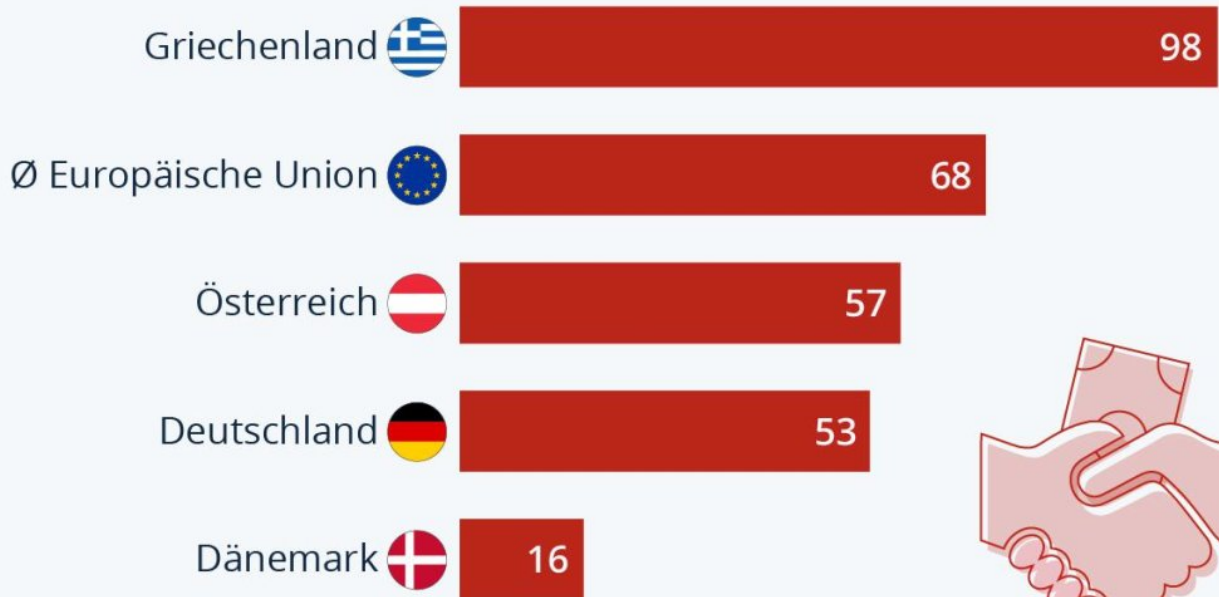
deutsche Steuergeld als EU-Netto-Einzahler durch Deutschland, die ganze EU finanziell schlicht zerplatzt und eingeht. Schon die clevere und messerscharf denkenden britische Regierungschefin Margaret Thatcher brachte es auf den Punkt: „Die EU funktioniert nur so lange, wie die Deutschen das alles bezahlen.“

Am 11.02.2024 schrieb einer der Autoren (Eisenkopf) zum wöchentlichen „Sonntagsfahrer“ von Dirk Maxeiner bei ACHGUT.COM zu einem [Artikel](#) über E-Autos den folgenden öffentlichen Kommentar:

„Ein EU-Prinzip ist offenbar das “Steigern”...Läuft man mit einem Mist schon mal auf wie mit dem absehbaren E-Auto-Fiasko, dann muß man dies in Brüssel offenbar unbedingt “steigern” indem man denselben E-Mist nun auch noch auf LKW und Busse erweitert hat, bei denen die FDP auch brav mit zustimmte. Fragt mal einen der EU-Abgeordneten danach, wie das künftig laufen soll mit dem “zulässigen Gesamtgewicht” dieser künftigen E-Fahrzeuge wegen denen, bzw. deren Gewichten, schon mit Verbrennermotoren ganze Autobahnbrücken marode sind! Noch höheres Gesamtgewicht? Also noch mehr kaputte Brücken in Zukunft (Lüdenscheid-Sperrung grüßt!)? ODER dann eben nur noch halbes Ladegewicht zu bisher aber je LKW-Ladungsfahrt? ..Transportkosten damit aber höher für jede Fracht... bzw. nur noch halb so viele Fahrgäste je BUS, als bisher? ..bei DEM ÖV und DEM Busfahrermangel? So langsam frage ich mich, was eines späteren Tages gerade bei EU-Abgeordneten und EU-Mitarbeitern noch alles rauskommen wird, wer diese Leute dafür (zusätzlich) bezahlte, für diese “wirtschaftliche Selbstvernichtung“ Europas? Das mit Katar wurde ja schon bekannt aber WER steht womöglich auf der Gehaltsliste von China? Wer hat “Wetten laufen” auf sinkende Firmen-Aktienkurse und -zusammenbrüche? Dies womöglich auch noch bei Firmen deren Scheitern man mit eigener Abstimmung per EU-Gesetzen und Über-Bürokratisierung man als EU-Abgeordneter ja selbst aktiv mitbeschleunigt hat??? Dingen, die man bisher nicht einmal zu DENKEN wagte... Werner Eisenkopf

2/3 der EU-Bürger:innen halten Korruption für verbreitet

Anteil der Befragten, die glauben, dass Korruption in ihrem Land eher/sehr verbreitet ist (in %)



Basis: 26.509 Befragte (ab 15 Jahren); März/April 2022

Quelle: Special Eurobarometer Corruption



statista

Abb.3, [Quelle](#), zeigt, was die Bürgerinnen und Bürger dazu („Gefälligkeiten“) halten und Abb.4, was diejenigen, die uns solche Knebelungs-, bzw. Abzockegesetze von CO₂ und Co. bescheren, dabei verdienen. Falls jemand der Ansicht ist, die Sprache der Autoren sei zu hart: Es geht um unsere Zukunft, die unseres Landes und seiner Wirtschaft und Industrie, da muss mal Klartext geredet werden!

Nein! Durch dieses EU-Lieferkettengesetz entstehen vielmehr „Lücken“, und es fallen deutsche (wie andere europäische) Firmen dann global aus. In diese Lücken wird dann China (aber auch Indien, Indonesien, Russland usw.) preschen und den Menschen, die davon in den Drittweltländern betroffen sind, geht es danach sogar schlechter denn je. Doch dazu in späteren Teilen dieser Reihe dann mehr.

EU-PARALLELE ZUM DE-VERBANDSKLAGERECHT UND DER DUH (Deutsche Umwelthilfe)

Es sei hier auch noch angemerkt, dass beim „Verbandsklagerecht“ der damaligen deutschen Schröder/Fischer Regierung aus SPD+GRÜNE noch niemand ahnte, was sich daraus entwickeln würde in Richtung Abzocke und Geschäftemacherei. Oder etwa doch? Dazu im Teil 2, Hintergründe zum Nachdenken. Alle dachten eher naiv an Naturschutzverbände und so, als „Gutes Werk“. Doch mit der DUH entstand eine von etlichen neuen „gemeinnützigen Organisationen“ die sofort damit begann, private Firmen abzumahnen und damit abzuzocken. Dies unter dem beschönigenden Namen „Deutsche Umwelthilfe“ was für Bürger-Ohren allemal besser klingt, als DAZV (Deutscher Abzocker-Verein). Das ist natürlich rein ironisch gemeint, denn die DUH ist ja gut für uns alle.

Dabei darf zumindest die Frage erlaubt sei, ob die DUH nicht ein Instrument der Regierung Merkel war, ihre politischen (Klima)Ziele durchsetzen zu können? Warum die Politik dutzende von Millionen an Steuergeldern für diese und ähnliche Institutionen jährlich bereitstellt (Abb.5)? Abb.5 wurde von Leistenschneider in seinem [EIKE-Artikel](#) „Das ZDF zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Teil 3: Die Beeinflussung der Bundestagswahl 2021“ bereits gezeigt.

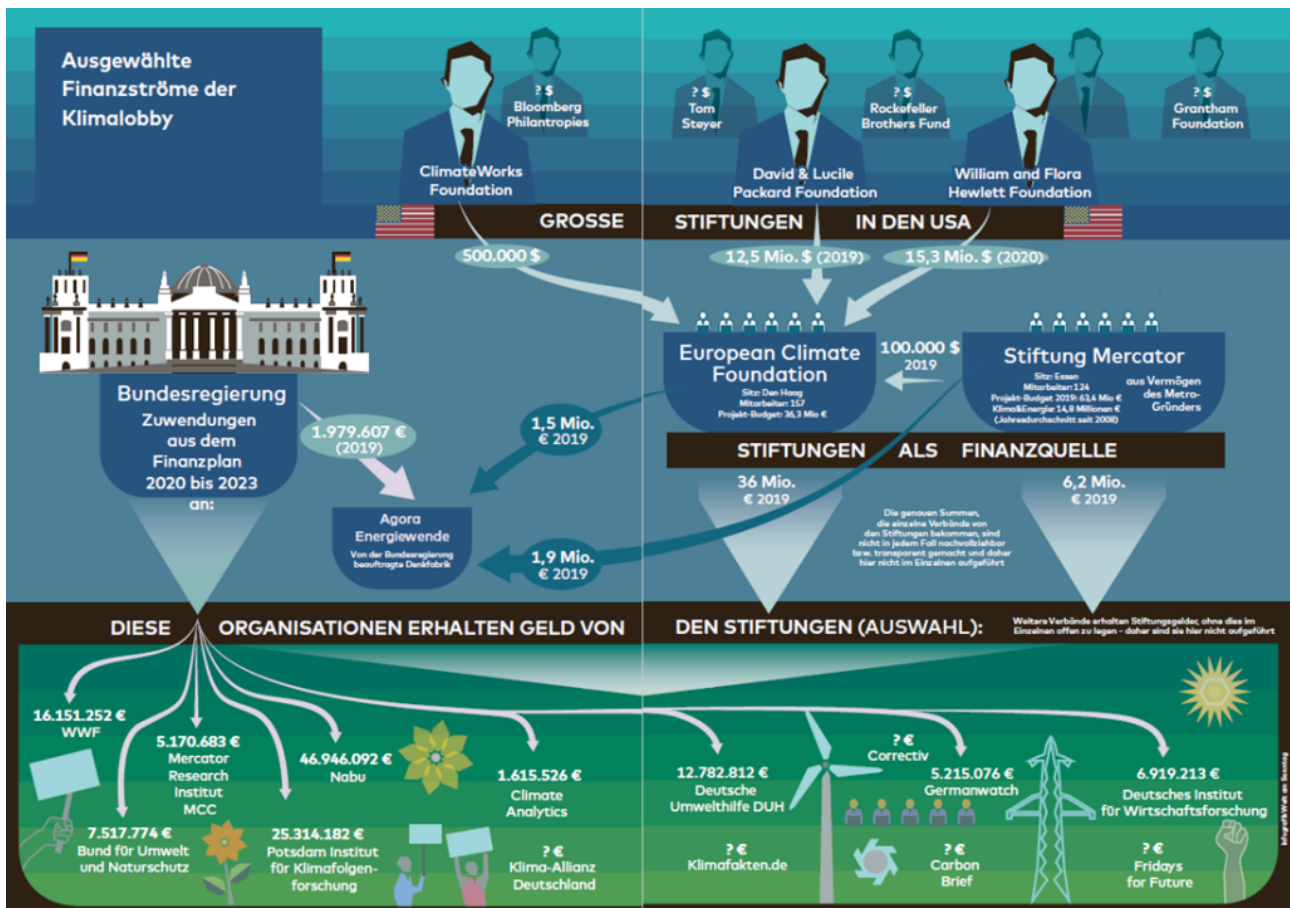


Abb.5, Quelle Welt am Sonntag vom 25.04.2021 zeigt anschaulich, welche Geldmillionen den sog. Umweltorganisationen aus dem Bundeshaushalt, also unseren Steuergeldern, zufließen. Dazu Welt am Sonntag: „52,5 Millionen € erhielt allein der größte deutsche Naturschutzverein NABU aus acht verschiedenen Bundesministerien und Behörden von 2014 bis 2019.“ Nur als Anmerkung: Die meisten mittelständischen Unternehmen, für die wir täglich arbeiten, können von solch einem Millionengewinn nur träumen. Ganz zu schweigen der Gaststättenverband und viele andere mehr, die sich tagein, tagaus abmühen, sich und ihre Familien zu ernähren.

Bei der oben angerissenen Klageflut, reichte es ja schon, wenn unwissentlich gegen irgendeine der unzähligen Gesetzregeln und Vorschriften verstoßen wurde. Allein die Abmahnung ergab und ergibt schon eine Menge Geld für DUH und Mitmacher. Im Medienfokus steht die DUH überwiegend mit den Fahrverboten und Klagen gegen Städte, nachdem die EU schier irrwitzige und immer niedrigere „Grenzwerte“ beschloss. Deren „Brot- und Buttergeschäft“ und meistens ohne Öffentlichkeit, ist aber das stete diskrete Bedrängen und Abzocken von Firmen und Betrieben. Angeblich ist sogar die Mafia in Italien ziemlich neidisch auf die DUH, weil diese es schafften, ein so lukratives Abzocke-Modell zu installieren, ohne deswegen gegen Gesetze zu verstoßen oder wegen Erpressung rechtlich belangt werden zu können.

Das gerade noch mal verschobene EU-Lieferkettengesetz würde der DUH und gewissen Anderen neue Einnahmen in Millionenhöhe garantieren. Dazu aber

eine Menge Firmen schädigen, vor allem in Deutschland, und Menschen damit nachher um ihre Arbeitsplätze und um ihre Zukunft bringen. Leider ist ein Großteil unserer Medien entweder zu naiv, dies überhaupt zu erkennen, oder aber deren Journalisten machen dies aus Überzeugung so mit und schaden ihrem Heimatland mehr oder weniger wissentlich.

Doch gibt es ja bereits – wie oben erwähnt- ein nationales DEUTSCHES LIEFERKETTENGESETZ! Allerdings „moderater“ als die geplante EU-Version. Doch schon bei strenger Auslegung des „deutschen“ Lieferkettengesetzes, dürften weder irgendwelche Elektroautos hierzulande gebaut oder importiert werden, noch Handys, noch Windräder und noch unzählige weitere Produkte. Überall ist dabei nicht wirklich belegbar, dass es keine Rohstoffe und Teile aus Kinderarbeit, Ausbeutung, Umweltschäden und mehr gab.

Nicht nur bei „Seltenen Erden“ sondern auch bei Magnesium hat China faktisch bereits das globale Monopol errungen und sich sogar beim Lithium bereits Mengen und Margen gesichert, die erst in den nächsten Jahren auch in Südamerika überhaupt erzeugt werden. Dazu kommen in späteren Teilen mehr und die Hintergründe. Dazu werden die Europäer noch ganz dumm schauen, wie weit Chinesen hierin bereits langfristig vorgeplant haben, während die Europäer, vor allen die Deutschen, sich noch immer in der arroganten und kurzsichtigen Einbildung selbst belügen. „Am deutschen Wesen, soll die Welt genesen (und das Weltklima gerettet werden)!“ Somit immer noch im unerschütterlichen Glauben, sie, also die (nun grün-roten) Deutschen, seien der „gottgegebene Nabel dieser Welt“ und niemand könne sie jemals von diesem hehren Thron verdrängen. Was für ein gewaltiger Irrtum!

Raimund Leistenschneider – EIKE

Werner Eisenkopf – EIKE-Gründungsmitglied

TEIL 2 folgt in Kürze

Energiepolitik braucht mutige Politiker mit gesundem Menschenverstand

geschrieben von Andreas Demmig | 16. Februar 2024

Stopthesethings

Eine zuverlässige und erschwingliche Energieversorgung war unweigerlich zum Scheitern verurteilt, als politische Ideologen Ingenieure und Marktökonomern ersetzten. Die Obsession mit hoffnungslos unzuverlässiger und stark subventionierter Wind- und Solarenergie wird von einem Kult mit der ganzen Rationalität und Vernunft der spanischen Inquisition vorangetrieben.

Positive Strahlenwirkungen – Teil 3: Wo sind die Fehler beim Strahlenschutz? Was ist zu tun?

geschrieben von Chris Frey | 16. Februar 2024

Dr. Lutz Niemann

Ionisierende Strahlung ist im niedrigen Dosisbereich und bei niedriger Dosisleistung nützlich für die Gesundheit von Lebewesen, das wurde in [Teil 1](#) gezeigt. Im [Teil 2](#) wurde dazu erläutert, dass diese Tatsache auch einfach zu verstehen ist.

Es werden durch die weltweit geltenden Strahlenschutzgesetze im Bereich der Kerntechnik mit gewaltigem Aufwand minimale Strahlendosen vermieden, die niemals für die Gesundheit von Lebewesen schädlich sind, die im Gegenteil vielleicht einen geringfügigen oft nicht nachweisbaren positiven Beitrag zur Gesundheit bringen könnten. **Die Strahlenschutzgesetze sind daher falsch und sie sollten dringend korrigiert werden, der Gesetzgeber ist gefordert.**

Wie konnte es zu der Fehlentwicklung kommen?

In der Anfangszeit 1934 wurden die ersten Grenzwerte im Umgang mit radioaktiven Stoffen eingeführt, denn damals bestand ein Verdacht zu schädlicher Wirkung der Strahlung. Zu der weiteren unseligen Entwicklung insbesondere bei uns in Deutschland zu Strahlung mögen viele Dinge mitgespielt haben:

- Ein Grenzwert wird von den Menschen automatisch mit dem Bestehen einer Gefahr in Verbindung gebracht, machen also Angst
- Die gesetzlichen Grenzwerte wurden im Umgang mit Kernbrennstoffen eingeführt, obwohl im medizinischen Bereich / Höhenstrahlung / Bodenstrahlung oft ein Vielfaches auftritt. Das ist dem Bürger unbekannt
- Ionisierende Strahlen kann man weder sehen noch fühlen, sie stellen sich als eine unsichtbare Gefahr dar und machen Angst

- Die Bombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki waren in der Tat ein Extremereignis
- Die mit frei gesetzter Radioaktivität kontaminierten Gebiete wurden als „jahrelang unbewohnbar“ dargestellt
- Es wurde mit dem Wort „verstrahlt“ ein nicht definierter Begriff als Synonym für den Atomtod erfunden
- Mit der Verteufelung der Kerntechnik wurden politische Ziele verfolgt, das wurde von den Bürgern nicht erkannt, dagegen von den Ideengebern und ihren vielen Helfern gefördert
- In der Demokratie sind die Massenmedien neben Legislative, Exekutive, Judikative eine vierte Macht, die alles andere beherrschen kann ()
- Journalisten in Massenmedien sind mit der Physik nicht vertraut
- In der Journalistik gilt „Bad News are Good News“, eine gute Auflage macht viel Geld
- Es gibt die Lockmittel Geld, Macht, religiösen Glauben, Erzeugung einer Massenhysterie als Mittel zur Beherrschung des Volkes
- Eine riesige Industrie lebt bequem und gut von der Strahlenangst und versucht, dieselbe zu erhalten und zu fördern

Die Situation bei der biophysikalischen Strahlenforschung

Wenn man sich zur biologischen Strahlenwirkung informieren will, muss man englischsprachige Bücher lesen, es seien die Bücher [1, 2, 3, 4] empfohlen.

In Deutschland scheint dieses Thema tabu zu sein. So heißt es dem Lehrbuch „Strahlen und Gesundheit“ von J. Kiefer [5] zur Hormesis „Naive Geister könnten daraus den Schluss ziehen, dass Bestrahlung der Gesundheit dient (manche tun dies und nennen das *radiation hormesis*)“. Während in den genannten Büchern [1 bis 4] unzählige Zitate als weitere Quellen zu finden sind, fehlen in dem Buch von J. Kiefer viele mir aus den Büchern [1 bis 4] bekannte Namen. Ebenfalls fehlen in den 163 Zitaten die Namen der deutschen Professoren Klaus Becker (†) und Ludwig E. Feinendegen, die mir persönlich bekannt sind und von denen ich gelernt habe.

Im Februar 2015 haben die Professoren Carol S. Marcus, Mark L. Miller und Mohan Doss an die Genehmigungsbehörde NRC (Nuclear Regulatory Commission) der USA eine Petition gerichtet mit der Bitte zur Korrektur der weltweit geltenden Prinzipien beim Umgang mit Strahlung. Es ging den Initiatoren nicht nur um die Beseitigung der niedrigen Grenzwerte, die eine nicht vorhandene Gefahr vorgaukeln, sondern es ging um die Akzeptanz der biopositiven Wirkung von Strahlung im Niedrigdosisbereich. Die Petition hatte mit den dazu abgegebenen ca. 650 Kommentaren ein gewaltiges Echo in der Fachwelt der USA.

Im Oktober 2015 hat die NRC die Petition zurückgewiesen und verweist auf die Zuständigkeit der nationalen und internationalen Strahlenschutzgremien. Die Existenz der biopositiven Wirkung von

Strahlung wurde anerkannt, daher erscheint die Antwort des NRC als ein Versuch, eine deutliche Stellungnahme zu vermeiden und den Schwarzen Peter an andere weiter zu schieben.

Luckey schrieb in den 1980-er Jahren: **„Es wird allmählich Zeit, dass sich die für die Volksgesundheit verantwortlichen Stellen darüber Gedanken zu machen beginnen, wie sichergestellt werden kann, dass jeder die Dosis, die er zur Erhaltung seiner Vitalität und Gesundheit benötigt, auch immer erhält.“**

Luckey bezog sich mit diesem Ausspruch auf 1260 Veröffentlichungen über die biopositive Wirkung von Strahlung. Heute ist die Anzahl der diesbezüglichen Veröffentlichungen auf mehr als 3000 gestiegen. Es gibt mit „dose-response“ eine Zeitschrift nur zu diesem Thema.

Heute sagt Luckey in Kenntnis des Co-60-Ereignisses von Taiwan (siehe [Teil 1](#)): **Mehr als 500 000 Krebstote könnten jedes Jahr in den USA durch Exposition mit ionisierender Strahlung vermieden werden. Die Möglichkeit dazu wird allerdings durch gesetzliche Restriktionen verboten.** Bezogen auf die Bevölkerung in **Deutschland**, könnte man bei uns von **150 000 Personen** sprechen. Rechnet man diese Zahlen hoch auf alle westlichen Industriestaaten, kommt man auf **mehrere Million** Fälle pro Jahr.

Angeichts dieser gigantischen Zahlen ist es gerechtfertigt, wenn Fachleute die heutigen Strahlenschutzprinzipien als den folgenreichsten wissenschaftlichen Irrtum der Neuzeit bezeichnen! Das gilt auch dann, wenn diese Zahlen zu hoch gegriffen sein sollten und wenn nur die Hälfte davon realistisch wäre

Aus den Strahlenschutzgremien gibt es manchmal weitere ablehnende Worte zu LNT und ALARA, mit denen auf die Fehler im Strahlenschutz hingewiesen wird:

- speculative, unproven, undetectable, phantom – ein Phantom ist ein Geisterbild / Gespenst – aus Angst vor einem Gespenst steigt Deutschland aus
- ist zutiefst unmoralisch, kriminell

In Teilen der Fachwelt ist anerkannt:

Die biopositive Wirkung von Strahlung ist sicher nachgewiesen, die LNT-Hypothese ist irreführend und es ist dringend eine Änderung in den Gesetzen notwendig, denn

- Es gibt keinen Grund wegen hypothetischer Gefahren aus der besten Energiequelle auszusteigen.
- Die Möglichkeiten der positiven Strahlenwirkung sollten weiter erforscht und zum Segen der Menschen benutzt werden.

Die Situation der Kernenergie in der Welt

Seit etwa 20 Jahren geht es weltweit mit der Kerntechnik steil bergauf, denn die Anzahl der im Bau befindlichen Kernkraftwerke ist von ca. 20 auf etwa das Dreifache gestiegen, es sind immer so etwa 50 bis 60 Kraftwerke im Bau. Und das geschieht nicht nur in Industriestaaten: die VAE haben bemerkt, daß es besser ist, das kostbare Öl nicht zur Stromerzeugung zu verbrennen, sondern man kann es gegen wertvolle Dollar oder Euro verkaufen und alternativ zur Stromerzeugung Kernkraftwerke benutzen. Auch in Ägypten geht es voran, der 4-te Block ist in Bau.

Weltweit sind seit 20 Jahren immer etwa 100 weitere Kernkraftwerke in Planung. Die Zahlen zu den Planungen und Baustellen schwanken von Jahr zu Jahr, weil auch immer Kernkraftwerke stillgelegt werden, zum Beispiel wenn sie durch immer weitere Forderungen der Behörden nach mehr Sicherheit unrentabel gemacht werden. Es scheint den Behörden nicht bekannt zu sein, daß etwas mehr Dosis durch Radioaktivität nicht schädlich, sondern nützlich für die Gesundheit der Menschen ist???

Deutschland geht seinen Sonderweg des Ausstieges unbeirrt weiter, auch die Bemerkung „**Triumph der Dummheit**“ im „International Journal for Nuclear Power“ macht keinen Eindruck in Deutschland. Ich habe eine Liste von ca. 20 ähnlichen Urteilen von bekannten Persönlichkeiten angesammelt.

Die Überregulierungen im Kernkraftwerksbau haben zu gigantischen Kosten und ewigen Bauzeiten geführt, Beispiele:

- Mit dem Bau des ersten EPR (= Europäischer Druckwasserreaktor) wurde in Olkiluoto (Finnland) vor 20 Jahren begonnen, jetzt ist er fertig. Baukosten > 13 Mrd. EURO
- Die Kosten für die beiden EPR-Einheiten in Hinkley Point in GB werden heute auf 37 bis 40 Mrd. EURO geschätzt, Fertigstellung etwa 2029
- Nur in China (Taishan) wurde der erste EPR-Block nach 9 Jahren Bauzeit 2018 fertig gestellt, bei nur geringer Überschreitung der ursprünglich angesetzten Kosten von 4 Mrd. EURO.

Deutschland hat mit seinen Kernkraftwerken 200 Mrd. EURO auf den Müll geworfen, denn das ist der Preis von Neubauten. Geld spielt offenbar in Deutschland keine Rolle.

Es gibt die gute Idee von SMR (Small Modular Reaktor), wo alle Strahlenschutzangelegenheiten auf die Fabrik des Herstellers beschränkt bleiben. Der fertige Reaktor soll dann per Lkw zur Baustelle transportiert werden. Im Kraftwerk gibt es keine Strahlenprobleme mehr.

Der Reaktor von NuScale wurde [vom NRC lizenziert](#), der Aufwand dafür war beträchtlich [6]:

- Die Kosten betragen 500 Mill. US-\$ in 2 Millionen Arbeitsstunden

- Die Papierflut waren 12 000 Seiten für den Antrag und 2 Mill. Seiten für dessen Diskussion

Dennoch konnte der Strompreis mit 55 US-\$ / MWh erstaunlich niedrig sein. Eine traurige Nachricht kam im November 2023 mit dem Ende eines ersten Pilotprojektes mit 6 modularen Einheiten wegen nicht tragbarer Kostensteigerungen von 53%. Auch hier scheint der Strahlenschutz zugeschlagen haben, eine gute Idee ist zu Fall gebracht worden.

Im Strahlenschutz ist ein Paradigmenwechsel notwendig, unsinnige Vorschriften müssen weg.

Was ist zu tun?

Die positiven Strahlenwirkungen (Hormesis) gibt es, sie könnten für die Menschen gewaltige Möglichkeiten für ihre Gesundheit eröffnen. Es müsste noch viel erforscht werden. Die Geldmittel, die heute in unnützen Strahlenschutz fließen, könnte man umleiten für Forschungsarbeiten zur Hormesis. Aber wie im Teil 2 dargelegt wurde, gibt es in der Natur die notwendige Dosisleistung nicht. Man braucht technisch hergestellte Strahlenquellen, und dafür wiederum braucht man sehr viele Neutronen wie sie nur in Kernspaltungsreaktoren vorhanden sind. Der Schlüssel für die Anwendung der Hormesis sind also Kernreaktoren.

In Deutschland gibt es keine Kernkraftwerke mehr, und das kann in absehbarer Zeit gar nicht mehr geändert werden. Es waren ausgebildete Demagogen*innen am Werk, natürlich im Verborgenen. Sie wussten, der Mensch läuft der Mehrheit nach ([Solomon Asch](#)) und der Mensch gehorcht einer echten oder auch nur vorgespielten Respektsperson ([Stanley Milgram](#)). Es gibt das Rezept „unterwandern“, Markus Wolf hatte es oft [erfolgreich angewandt](#). Das wird auch heute noch auf anderen Politikfeldern so gehandhabt.

Die Menschen werden entweder falsch informiert oder nicht informiert. So ist es auch bei der **hypothetischen Strahlengefahr und dem hypothetischen Atomtod**. Aber Information ist auch eine Hohlpflicht. Es gibt genug Infos, heute über das Internet für jeden zu finden ([hier](#), [hier](#), [hier](#), [hier](#)). Die Mainstreammedien liefern in Deutschland gefilterte Nachrichten, sie sind steuerfinanziert und gehorchen der Politik.

Die Obrigkeit hat kein Recht, den Menschen die für eine optimale Gesundheit erforderliche Strahlendosis zu verweigern. Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, in freier Entscheidung selber zu bestimmen, um sein Strahlendefizit durch eine Zusatzdosis auszugleichen. Dazu ist es notwendig, unsinnigen Strahlenschutz abzuschaffen und die Bevölkerung durch freie Medien sachgerecht zu informieren. Dann wäre es möglich, dass der Bürger in der Wahlkabine auch seinen Irrtum zum deutschen Kernenergieausstieg und zur „Großen Transformation“ erkennen und entsprechend handeln könnte.

[1] Thormod Henrikson,
<https://www.mn.uio.no/fysikk/tjenester/kunnskap/straling/radiation-and-health-2013.pdf>

[2] W. Allison, „Nuclear is for Life, A Cultural Revolution“, ISBN 978-0-9562756-4-6, Nov. 2015

[3] Ed Hiserodt, “Underexposed, What If Radiation Is Actually GOOD for You? ISBN 0-930073-35-5, 2005

[4] Ch. Sanders „Radiation Hormesis and the Linear-No-Threshold Assumption“ ISBN 978-3-642-03719-1, 2010

[5] Jürgen Kiefer, „Strahlen und Gesundheit“, ISBN 978-3-527-41099-6, 2012

[6] Vortrag Dr. Humpich, EIKE-Tagung am xx.xx.2022

Europas grüner Alptraum könnte bald vorüber sein

geschrieben von Chris Frey | 16. Februar 2024

[Duggan Flanakin](#)

Im Juni finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt, und es zeichnen sich große Veränderungen am Horizont ab. Die grünen Parteien, die 2019 einen großen Sieg errungen und die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, dazu gedrängt haben, eine ehrgeizige Klima-Agenda vorzulegen, befinden sich im Niedergang. Angeführt von verärgerten Landwirten (auf die man es auch abgesehen hat) wird erwartet, dass die Wähler in mindestens 18 der 27 EU-Mitgliedstaaten ihre Ablehnung der EU-Politik an den Wahlurnen zum Ausdruck bringen.

Der vielleicht kleinste Protest kommt von der Europäischen Volkspartei (EVP). Noch vor 19 Monaten bejubelten die selbsternannten Planetenretter das Votum des Europäischen Parlaments, den Verkauf von Verbrennungsmotoren bis 2035 zu verbieten. Heute, nachdem erst Deutschland und dann auch andere Länder die Weisheit in Frage gestellt hatten, die automobilen Zukunft der Welt den undurchschaubaren Chinesen zu überlassen, fordert die EVP ein Ende der Regierung per Gesetz.

Doch die EVP will nur, dass die EU ihre Klima-Agenda mit Zuckerbrot und

nicht mit Peitsche durchsetzt. Anstatt die Europäer zu weitgehend unerwünschten Elektrofahrzeugen zu zwingen, fordert die EVP, auf „innovative Konzepte und marktwirtschaftliche Instrumente für den Klimaschutz mit Emissionshandel, dem Ausbau erneuerbarer Energien und einer Kreislaufwirtschaft“ zu setzen.

Die EVP versprach außerdem, von der Leyens „Green Deal“-Paket mit wirtschaftsfeindlichen Klimagesetzen „weiterzuentwickeln“. Net Zero bis 2050, so betonen sie, kann durch Überzeugungsarbeit und bessere politische Maßnahmen erreicht werden – nicht durch Verordnungen. Aber sie wagten es nicht, die „Wissenschaft“ zu hinterfragen, die Al Gores Mantra folgt, dass die Dekarbonisierung das „zentrale Organisationsprinzip der Zivilisation“ sein muss.

Was für ein Schwachsinn!

Der schwache Vorschlag Deutschlands bestand darin, Verbrennungsmotoren in Fahrzeugen zuzulassen, die nur mit synthetischen „grünen“ Kraftstoffen betrieben werden – die heute recht teuer sind. Italien, Polen und die Tschechische Republik stimmten zu, und kurz darauf verkündete der EU-Klimabeauftragte Frans Timmermans „eine Vereinbarung mit Deutschland über die Zukunft von E-Kraftstoffen in Autos“.

Ein bisschen wie das Umstellen der Liegestühle auf der Titanic.

Die von Deutschland initiierte Änderung der EU-Netto-Null-Strategie war ein Zugeständnis an die Autohersteller, die erkannt haben, dass sie weder preislich noch mengenmäßig mit den Chinesen konkurrieren können. Aber Deutschland hat mit seinem skandalösen Ausstieg aus umweltfreundlichen und zuverlässigen Kernkraftwerken den Weg für die Deindustrialisierung Europas geebnet.

Infolge dieser und anderer „fehlgeleiteter“ energiepolitischer Maßnahmen sind die Stromkosten auf dem gesamten Kontinent inzwischen so hoch – dermal so hoch wie vor der Pandemie – dass die Gewerkschaften die Zeichen der Zeit erkennen. Ihre Arbeitsplätze werden bald weg sein, es sei denn, Europa gibt seinen hochtrabenden Kampf gegen einen Feind auf, der nicht existiert – einen Feind, den China, Indien und die aufstrebenden afrikanischen Nationen sicherlich als gutartig ansehen.

Während die EVP mit ihrem Vorschlag an der Grenze rüttelt, scheinen viele Europäer zu erkennen, dass sie betrogen werden. Landwirte in Frankreich, Polen, den Niederlanden und sogar Deutschland führen den Kampf gegen die Arbeitsplätze und Existenzen vernichtenden Vorschriften der EU an. Französische Landwirte blockierten mit riesigen, von Traktoren gezogenen Konvois wichtige Straßen, um ihren Unmut über die übermäßigen EU-Vorschriften zu zeigen.

Die Landwirte protestierten sogar in Brüssel, dem Sitz der EU. Die französische Bauerngewerkschaft Rural Coordination rief zu einer Demonstration gegen die „immer stärker werdenden Zwänge der europäischen

Vorschriften und die immer niedrigeren Einkommen“ auf. Die Präsidentin von Rural Coordination Veronique Le Floc'h, sagte: „Wenn wir heute sehen, dass sich alle Landwirte in Frankreich in der Nähe von Kreisverkehren versammeln und Autobahnen blockieren ... Das zeigt, dass sie die Nase voll haben. Es ist eine Revolte.“

Die ersten Umfragen deuten darauf hin, dass die **EU-feindlichen** Parteien in neun Mitgliedstaaten große Gewinne erzielen werden und in neun weiteren Ländern den zweiten oder dritten Platz belegen dürften. „Euroskeptische“ Parteien werden voraussichtlich in Österreich, Belgien, den Niederlanden, der Tschechischen Republik, Frankreich, Ungarn, Italien, Polen und der Slowakei am stärksten sein. In Bulgarien, Estland, Finnland, Deutschland, Lettland, Portugal, Rumänien, Spanien und Schweden wächst die Unterstützung der Anti-Technokraten, so ein neuer **Bericht** des European Council on Foreign Relations.

Die Proteste sind ein Beleg für die wachsende **Kluft** zwischen der „technokratischen“ EU und der europäischen Arbeiterklasse. Der Vorsitzende der französischen Bauerngewerkschaft Arnaud Rousseau sagt, es gebe einen „wachsenden Mangel an Verständnis zwischen einer technokratischen Struktur, die in ihren Brüsseler Büros eingemauert ist, und der Realität, die wir auf unseren Höfen erleben“.

Wenn sich die derzeitigen Trends fortsetzen, könnte es im Europäischen Parlament eine populistische **Mehrheit** geben, die sich wahrscheinlich gegen „ehrgeizige“ EU-Maßnahmen zur drastischen Reduzierung der Kohlendioxidemissionen auf dem gesamten Kontinent aussprechen würde.

Und das aus gutem Grund.

Zu diesen Maßnahmen gehört es, Verbrennungsmotoren von europäischen Straßen und Autobahnen zu verbannen, die Verwendung von Erdgas zu verbieten und die Menschen zu zwingen, teure, ineffektive Wärmepumpen zu kaufen, und sogar Rinder, Schafe und andere Nutztiere zu schlachten – all das würde den Lebensstandard der meisten Europäer garantiert senken.

Doch selbst mit einer Mehrheit im EU-Parlament könnte der Sieg der Volksparteien in greifbare Nähe rücken. Die letzte Plenarsitzung vor den Wahlen im Juni findet Ende April statt, und die Klimaaktivisten machen Überstunden, um neue energie- und klimapolitische Maßnahmen zu verabschieden, die verbindlich wären, wenn sie nicht gekippt würden – eine schwierigere Aufgabe, als sie einfach nur zu blockieren, damit sie in Kraft treten können.

Zu den „unerledigten“ Aufgaben der Gesetzgeber gehört die endgültige Verabschiedung des sehr umstrittenen Gesetzes zur Wiederherstellung der Natur, einer Verordnung zur Verringerung der Methanemissionen und von Kohlendioxidstandards für schwere Nutzfahrzeuge. Zumindest theoretisch sollte die Abstimmung im Plenum ein reiner Akt sein – es sei denn, einige Abgeordnete entscheiden, dass ihre Wiederwahl davon abhängt, die Abstimmung zu verzögern.

Die erste [Aufgabe](#) des neu gewählten Parlaments wird darin bestehen, einen designierten Präsidenten der Europäischen Kommission zu wählen – und diese Wahl könnte darüber entscheiden, wie weit die Populisten bei der Umgestaltung der langfristigen Klima-Agenda der EU gehen können.

Die nächste Aufgabe besteht darin, die „Strategische Agenda für die EU“ festzulegen, was mit der Festlegung der „politischen Leitlinien“ beginnt, die der Öffentlichkeit (und den Journalisten) Informationen über die wahrscheinliche Richtung der EU in den nächsten fünf Jahren geben. Erst dann – und das könnte erst im September der Fall sein – wird der Präsident formell gewählt.

Die Fraktion „Identität und Demokratie“, zu der auch die französische Nationale Sammlungsbewegung, die Alternative für Deutschland und die Italienische Liga gehören, könnte mehr als 30 neue Sitze gewinnen und damit zum drittgrößten Bündnis im Europäischen Parlament werden. Das würde den Gegnern der globalistischen Agenda mehr Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der EU verschaffen, seit das Parlament 1979 direkt gewählt wurde.

Sollte diese Koalition eine Einigung mit der EVP erzielen, könnte der Todesmarsch in Richtung Netto-Nullpunkt verlangsamt, wenn nicht sogar ganz gestoppt werden. Das könnte die Europäer in die Lage versetzen, die Folgen der von ihren Regierungen geplanten Maßnahmen für die Menschen genauer zu betrachten und zu entscheiden, welche Maßnahmen es wert sind, beibehalten zu werden, und welche die europäische und lokale Wirtschaft zu sehr schädigen.

Das lässt natürlich die Klimaradikalen (die sich selbst als *Mainstream* bezeichnen) erschauern. Was wäre, wenn, so Professor [Simon Hix](#), einer der Autoren des [ECFR-Berichts](#), diese „Kulisse“ des aufkeimenden Populismus‘ durch die Rückkehr von Donald Trump als US-Präsident im November angeheizt wird? „Die Parteien des politischen *Mainstreams* müssen aufwachen und eine klare Bestandsaufnahme der Wählerforderungen vornehmen“, sagte er.

Hix fügte hinzu: „Sie sollten in zentralen Fragen der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit deutlich machen, dass sie und nicht die politischen Randgruppen am besten in der Lage sind, die europäischen Grundrechte zu schützen.“

Das ist eine lustige Art und Weise, den Widerstand gegen Klimaalarmgesetze und gegen eine Politik zu beschreiben, bzgl. der die Menschen durch ihre Wahl entschieden haben, dass sie nicht in ihrem Interesse ist.

Link:

<https://www.cfact.org/2024/02/07/europes-green-nightmare-may-soon-be-over/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

